

### Blauer Reiter füllte Bremer Kassen

Bremen (al). Über 16 Millionen Mark haben die auswärtigen Gäste in Bremen ausgegeben, die im vergangenen Jahr die Ausstellung „Der blaue Reiter“ in der Kunsthalle besuchten. Dies ist das Ergebnis einer Diplomarbeit, die an der hiesigen Hochschule im Fachbereich allgemeine Betriebswirtschaftslehre eingereicht worden ist.

Von den 149 000 Besuchern (Schulklassen nicht mitgerechnet) kamen über 50 Prozent weder aus Bremen noch aus der Region. 70 Prozent der auswärtigen Gäste waren eigens für die Schau mit den expressionistischen Bildern in die Hansestadt gekommen. Eine Befragung der Besucher hat ergeben, dass die Hotels der Ausstellung ein Plus von über 33 000 Übernachtungen verdanken. Weil viele der Gäste einen Aufenthalt in Bremen weiterempfehlen wollten, wird die Ausstellung der Stadt langfristig noch mehr Touristen einbringen. Siehe Bericht Seite 26

### Der Erfolgsautor Jorge Amado ist tot

Rio de Janeiro (dpa). Der brasilianische Schriftsteller Jorge Amado ist vier Tage vor seinem 89. Geburtstag an Herzversagen gestorben. Amados Romane mit ihrer Schilderung der vielfältigen Menschen und Kulturen Brasiliens, vom Ex-Sklaven bis zum deutschen Einwanderer, wurden in 50 Sprachen übersetzt und oft internationale Bestseller. Auch TV- und Kino-Verfilmungen machten seine Romanfiguren berühmt, an der Spitze ebenso selbstbewusste wie sinnliche Frauen wie die Mulattin „Gabriela“, „Dona Flor und ihre zwei Ehemänner“ oder die stolze Prostituierte „Tieta aus Agreste“.

Siehe auch den Bericht auf Seite 25

### Glückliches Grolland

Bremen (mf). Von Groll kaum eine Spur: Die Bewohner von Grolland sind in ihrem Ortsteil glücklich. Zufriedene Mienen, solange das Gespräch nicht auf den Straßenverkehr kommt. Viele leiden unter dem Lärm der Norderländer und der Hochstraße. In unserer Serie „Einmal um'n Pudding“ stellen wir die beliebte Wohngegend vor.

Siehe auch die Berichte auf Seite 14



### Heute für Sie

Leserforum	Seite 4
Fernsehen	Seite 5
Veranstaltungsanzeigen	Seite 6
Blick in die Welt	Seite 7
Bremen	Seite 9
Tipps, Termine	Seite 12
„Um'n Pudding“	Seite 16
Niedersachsen	Seite 17
Wirtschaft	Seite 19
Familienanzeigen	Seite 22
Amtliche Bekanntmachungen	Seite 24
Kultur	Seite 25
Kultur Bremen/regional	Seite 26
Sport	Seite 27
Stellenmarkt	Seite 31
Fahrzeugmarkt	Seite 32
Immobilienmarkt	Seite 33
Wohnungsmarkt	Seite 35
Medizin	Seite 36

### Das Wetter



Überraschung durch Ingo Schultz – WM-Zweiter über 400 Meter

Nur einer war eher im Ziel des 400-m-Finales von Edmonton: Ingo Schultz wurde bei der Leichtathletik-WM überraschend Vizeweltmeister hinter Avarid Moncur (Bahamas/rechts) und vor Gregory Houghton (Jamaika/Mitte). Schultz (26) ist erst seit drei Jahren Leichtathlet. In solch kurzer Zeit ist selten ein Athlet in die Weltspitze geprescht. (Foto: ap)

Siehe auch die Berichte auf Seite 27

## Ärzte wollen Menschen klonen

Pläne lösen erbitterte Kontroverse unter Wissenschaftlern aus

Washington (ap/dpa). Das Klonen von Menschen ist keine Science Fiction mehr: Der italienische Arzt Severino Antinori und sein US-Kollege Panayiotis Zavos bestätigten gestern auf einer internationalen Konferenz in Washington, dass sie bereits im nächsten Jahr Menschen klonen wollen. Während einer sehr lebhaften Debatte warnten Forscherkollegen vor den Risiken des Verfahrens. Geklonte Kinder könnten Missbildungen und Organfehler haben.

Derzeit gebe es keine Möglichkeit zu bestimmen, ob sich aus einem genetisch kopierten Embryo ein normales oder ein abnormes Individuum entwickle, erklärte Rudolf Jaenisch vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) während der Fachkonferenz der Nationalen Akademie der Wissenschaften. „Das ist nicht möglich“, bezweifelte Jaenisch eine Erklärung Antinoris, er habe in jahrelanger Forschung Methoden entwickelt, um abnorm sich entwickelnde Embryonen frühzeitig zu erkennen.

Ähnlich äußerte sich in Lübeck der deutsche Reproduktionsmediziner Klaus Diedrich. Die Erfolgschance von Antinoris Plan, kinderlosen Frauen mit geklontem Nach-

wuchs zur Schwangerschaft zu verhelfen, liege nur bei 1 zu 300. Klonexperimente zum jetzigen Zeitpunkt seien unverantwortlich, so Diedrich.

Der italienischen Zeitung „La Stampa“ hat Antinori angekündigt, dass er schon im November mit dem Klonen von Menschen beginnen wolle. Dazu hätten sich 1300 Paare in den USA, vor allem in Kentucky, und 200 in Italien bereit erklärt. Weil das Klonen von Menschen in Italien verboten ist, will Antinori in ein nicht näher genanntes Mittelmeerland oder auf internationale Gewässer ausweichen. Der Gynäkologe will Hautzellen von unfruchtbaren Männern entfernen und ihnen den Zellkern entnehmen. Dieses Erbgut soll dann – nach dem gleichen Verfahren, aus dem auch das geklonte Schaf Dolly hervorging – in eine entkernte Eizelle injiziert werden.

Unterstützt werden Antinoris Plan von seinem Kollegen Zavos, der eine Fruchtbarkeitsklinik leitet. Wissenschaftler wie Jaenisch würden nur über die Probleme sprechen, beklagte Zavos. „Es gibt aber auch Erfolge“, fügte er unter Hinweis auf die erfolgreichen Klonversuche mit Tieren hinzu.

Die katholische und die evangelische Kirche in Deutschland bezeichneten die Pläne als Angriff auf die Menschenwürde. Die „Herstellung“ eines Menschen als Kopie eines anderen Menschen sei mit dem biblischen Verständnis von Menschen nicht vereinbar, betonte der Sekretär der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer. Der geklonte Mensch werde nicht um seiner selbst willen erzeugt, sondern als Kopie eines Menschen oder aber als Ersatzteillager für Organspenden. Ein Sprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) warnte davor, durch Klon-Experimente würden die bestehenden Gesetze aufgeweicht.

Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) spricht sich weiterhin klar gegen solche Forschungen aus. Sie hatte diese Position bereits 1997 in einem Papier betont. Es sei jedoch wichtig, so sagte gestern ein DFG-Sprecher, international gültige Konventionen gegen das Klonen von Menschen zu verabschieden. In Deutschland verbietet das Embryonenschutzgesetz die Anwendung dieser Technologie.

Siehe Berichte und Kommentar auf Seite 2

### Die Wehrpflicht ist sturmreif

Berlin (dpa). Grüne und FDP haben die Forderung führender SPD-Politiker nach Abschaffung der Wehrpflicht begrüßt. Der Vorstoß kam vom saarländischen SPD-Vorsitzenden Heiko Maas und der stellvertretenden SPD-Chefin Renate Schmidt. Schmidt hatte der Zeitung „Die Welt“ gesagt, im SPD-Parteivorstand gebe es mehrere Mitglieder mit der gleichen Auffassung wie in der FDP und bei den Grünen.

Der Grünen-Verteidigungspolitiker Winfried Nachtwei sagte gestern, seine Partei werde die Abschaffung von Wehr- und Zivildienst nach der Bundestagswahl 2002 erneut auf die Tagesordnung bringen. Auch der stellvertretende FDP-Chef Jürgen Möllemann betonte, seine Partei werde die Abschaffung nach der Wahl zur Bedingung für den Eintritt in eine Koalition machen. Der Wehrexperte der Unionsfraktion, Paul Breuer, und CSU-Generalsekretär Thomas Goppel lehnten die Abschaffung der Wehrpflicht strikt ab.

Nachtwei bestritt, dass die Grünen zur aktuellen Bundeswehrreform gefordert hätten, die Wehrpflicht gleich auf ein halbes Jahr zu verkürzen. Im Gespräch mit der SPD habe man aber Zweifel geäußert, ob die von Verteidigungsminister Rudolf Scharping geplante Reduzierung der Wehrpflicht auf neun Monate mehr Wehrgerechtigkeit herstelle und den Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen so gering wie möglich halte. In diesem Sinne hielten die Grünen einen Wehrdienst von sechs Monaten für gerechter – allerdings nur als Übergangslösung. Möllemann kritisierte, dass würde „eine Art moderner Volkssturm“ ausgebildet. Siehe auch den Kommentar auf Seite 2



Windhose richtet Schaden von fünf Millionen Mark an

Ein Chaos hinterließ der Wirbelsturm, der am Montagabend durch das niedersächsische Belm raste. Zwei Minuten dauerte der Spuk, der eine 600 Meter lange Schneise aus umgestürzten Bäumen, zerbrochenen Glasscheiben sowie herumgewirbelten Schildern und Dachpfannen zog. Schaden: fünf Millionen Mark. (nordphoto) Siehe auch den Bericht auf Seite 18

### Arbeitsmarkt alarmiert Politik

Berlin/Nürnberg (ap/dpa/WK). Der Einbruch am Arbeitsmarkt hat den Ruf nach staatlichem Handeln lauter werden lassen. Vor allem die Opposition fordert die Koalition zu tief greifenden Reformen und einem Vorziehen von Teilen der Steuerreform auf. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer sagte, der Kanzler müsse jetzt „aus dem Liegestuhl hoch kommen“. Sein CSU-Amtscollegen Thomas Goppel verlangte, der Arbeitsmarkt müsse dereguliert werden. Die Behinderung der Unternehmen beim Abschluss befristeter Arbeitsverträge, durch den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und das neue Betriebsverfassungsgesetz sei zu beenden. FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt schlug in einem Dreipunkteprogramm stärkere und schnellere Steuersenkungen sowie eine Abschaffung der Ökosteuern vor.

Die Bundesregierung räumte ein Stagnieren am Arbeitsmarkt ein, führte es aber vor allem auf die Abkühlung der Weltwirtschaft

### ... sport aktuell ...

Champions-League-Qualifikation:  
Schachtjor Donezk – Bor Dortmund 0:2  
Siehe auch Bericht Seite 28

zurück. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Gerd Andres, nannte den Anstieg vor allem saisonal bedingt, zumal viele Betriebe Einstellungen auf die Zeit nach den Ferien verschoben.

Laut den gestern präsentierten Zahlen stieg im Juli die Zahl der Erwerbslosen um 104 000 auf 3 798 000 Millionen Menschen. Damit habe sich die Arbeitslosigkeit „beträchtlich erhöht“, räumte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, ein. Auch der Rückgang im Jahresvergleich hat sich fast aufgehoben: Die Arbeitsämter zählten nur noch 4900 Arbeitslose weniger als im Juli 2000. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich binnen Monatsfrist von 8,9 auf 9,2 Prozent, vor einem Jahr hatte sie 9,3 Prozent betragen.

Im Arbeitsamtsbezirk Bremen stieg die Arbeitslosenquote geringfügig von 11,5 auf 11,8 Prozent. Im Land Bremen stehen 40 227 Arbeitslose zu Buche, die Quote liegt hier bei 13,7 Prozent (Juni: 13,3 Prozent), wobei auch in Bremerhaven ein leichter Anstieg von 17,9 auf 18 Prozent zu verzeichnen war.

Siehe auch den Bericht auf Seite 14

### Vielen Frauen fehlt Privat-Vorsorge

Berlin (ap/dpa). Drei Viertel der 30- bis 59-jährigen Frauen in Deutschland werden im Alter nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen, um den Bedarf zu decken. Grund: Ihre Vorsorge weist zu große Lücken auf. Dies geht aus einer gestern veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge hervor. Danach haben Frauen nicht nur von gesetzlicher und betrieblicher Rente weniger zu erwarten als Männer. Sie sorgen auch privat weniger vor, weil sie dies nicht können oder wollen. „Frauen sind Meister des Verdrängens“ in Finanzfragen, meinte die wissenschaftliche Beraterin des Instituts, Stefanie Wahl. „Dabei ist es für viele Frauen fünf vor zwölf.“

Studienleiterin Tanja Hölger sagte, Frauen überschätzten ihre Einkünfte. Ihre Bezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung schätzten 66 Prozent höher als den realen Wert, den die Wissenschaftler nach individuellen Daten nachrechneten. Bei der Betriebsrente, mit der nur vier von zehn Bundesbürgern rechnen können, wird die erwartete Ausschüttung für Frauen mit 453 Mark monatlich geringer ausfallen als für Männer (547). Wie bei der gesetzlichen Rente liegt dies vor allem an geringeren Einkommen und Fehlzeiten für Kindererziehung. Bleibt als dritte Säule die private Zusatzrente, bei der es aber ebenfalls düster aussieht. 30 Prozent der befragten Frauen gaben an, dass sie gar keine private Vorsorge betreiben.

### Kindergarten soll kostenlos sein

Berlin (ap). Die FDP will aus Gründen sozialer Gerechtigkeit die Kindergartengebühren ersatzlos abschaffen und dafür Gebühren von Langzeitstudenten eintreiben. Der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Wolfgang Gerhardt, sagte gestern in Berlin, es sei „absurd“ und „Selbstbetrug“, wenn die rot-grüne Koalition ein gebührenfreies Studium als solidarisch empfinde und gleichzeitig einkommensschwache Eltern für die Nutzung von Kindergärten zu Kasse bitte. Zur Finanzierung des Studiums könne der Staat beispielsweise „Bildungsgutscheine“ für Lehrveranstaltungen ausgeben, die bei Universitäten eingelöst werden könnten.